Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Dr. Treibich's Augen-Heilanstalt Dresden, Pragerstrasse 43, II. Sprechzeit: 10—12 und 3—4 Uhr.

Geschäftsbücher-Fabrik G. H. REHFELD & SOHN Hauptstr. 24 DRESDEN-N. Hauptstr. 24 Buchbinderei. — Accidenzdruck. — Liniranstalt. Handlung für Bureau- u. Comptoirbedürfnisse. — Contobücher aller gesetzlichen Schemen (eig. Fabr.) am Lager. Extraanfertigungen nach jeder Linatur-, Druck- u. Handvorschrift schnell u. exact. — Princip: Bestes Material, verlässliche Arbeit, entsprech. billiger Preis. Fernsprechstelle 873

Carl Tiedemann Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik Seit 1853 Marienstrasse 27 seit 1873 Amalienstrasse 19. — Helmrichstrasse (Stadt Görlitz).

Gardinen-Fabrik von Ed. Doss i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch. Dresden, Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon) empf. sächs., engl., schweiz. Gard. in weiss, crème, bronzegoldfarb. echt Filet-Guipe etc. Fenster v. 8 bis 100 Mk. Mustersend. prompt. Rester zu herabgesetzten Preisen.

Leberthran, beste Marke von Meyer, Christiania, Kgl. Hofapotheke Dresden, am Georgenthor.

Nr. 130. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Witterungs-Aussichten für Sonntag den 10. Mai: Wind veränderlich, mittlere Windstärke, durchschnittlich mittlere Bewölkung ohne wesentliche Niederschläge. Wärmer. | Dresden, 1885. | **Sonntag, 10. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bieren in Dresden.

Zeitiger als noch vor Kurzem zu erwarten, schließen sich die Pforten der Parlamente Deutschlands. Gestern sollte es mit der preußischen Landtagsherrlichkeit zu Ende sein, am nächsten Mittwoch ziehen die Volksvertreter Gesammt Deutschlands auseinander. Die Hauptstadt des Reichs und der preußischen Monarchie hallt nicht länger wieder von Parlamentsreden, Anträgen und Abstimmungen. Die Hammelsprünge sind zu Ende, es giebt keine Ordnungsrufe mehr. Das Hütezählen zur Feststellung der Beschlußfähigkeit ist nicht mehr nöthig; mit den Hüten sind auch ihre Träger fort von Berlin. Es war die höchste Zeit, „die Boutique zu schließen", um den geringschätzigen Ausdruck des Abg. Windthorst zu wiederholen. Auf den Bänken des Reichstages gewahrte man lange Zeit selbst bei den wichtigsten Berathungen kaum einige Dutzende pflichttreuer Abgeordneter, denen Jedermann das Ueberarbeitetsein ansah. Die Gleichzeitigkeit dreier Versammlungen, des Reichstages und der beiden Häuser des preußischen Landtages, überstieg die Leistungsfähigkeit der Berichterstattung wie die Verdauungsfähigkeit des Lesepublikums. Die Parlamentsberichte wurden in den letzten Wochen immer schlechter, dürftiger und einseitiger; das Publikum las zuletzt nur noch diejenigen Stellen einer Rede, hinter welchen Heiterkeit, Widerspruch, Beifall, Zischen, Oho's, Nana's und ähnliche Laute aus dem zoologischen Garten parenthetisch beigefügt waren. Die Zeitungen selbst müssen darauf verzichten, auch nur mit annähernder Vollständigkeit die Bedeutung der zur Behandlung gestellten Gegenstände oder der gefaßten Beschlüsse kritisch zu beleuchten und dem Volke mitzutheilen, welcher Art und von welchen Folgen die Gesetze sind, unter denen man künftig zu leben hat. Kurz, alle Welt drohte in dem Uebermaß von Parlamentarismus zu ersticken. Das sich jetzt einstellende Gefühl der Erleichterung ist also verzeihlich genug. Um zum Ende zu kommen, trat der Senioren-Convent des Reichstages zusammen und hielt eine fürchterliche Musterung unter den Stoffen ab, die nicht mehr zur Erledigung zu bringen sind. Fast die gesammten Gesetz-Entwürfe und Anträge, die sich auf die Weiterführung der Sozialreform und die Neuordnung der Gewerbsverhältnisse beziehen, sind auf diese Weise in die Brüche gegangen. Darüber wird später noch ein Wort zu sagen sein. Für heute liegt ob, die letzten Beschlüsse dreier Parlamente Revue passiren zu lassen.

Das preußische Herrenhaus hat den emeritirten Volksschullehrern den Brodkorb noch etwas höher gehängt als die Regierung und damit eine löbliche Leistung der Conservativen geschmälert. Diese hatten beantragt, daß der Staatsbeitrag zur Lehrerpension auf 900 Mk. erhöht werden solle, die Regierung ermäßigte ihn im Abgeordnetenhaus auf 750 Mk., das Herrenhaus strich weitere 150 Mk. herunter und, um überhaupt etwas zu bessern, stimmte zuletzt das Abgeordnetenhaus zu, daß er mindestens 600 Mk. betragen wird. Das Fehlende muß die Gemeinde resp. der nächste Stelleninhaber von seinem Lehrergehalt zubüßen. Doch werden die Lehrerstellen erst mit einem Baareinkommen von 1500 Mk. (nicht wie jetzt, schon von 1300 Mk.) dazu herangezogen. Es ist daher nur zu wünschen, daß die preußischen Gemeinden aus den Geldern, die ihnen kraft des Hüne'schen Antrages aus dem preußischen Antheil an den Getreide- und Viehzöllen zufließen, nicht blos Chausseen bauen oder ihre Armenlast bestreiten, sondern auch für die Schule und die Lehrer etwas übrig haben. Da die preußische Regierung die Oberaufsicht über die Verwendung dieser von ihr den Gemeinden zuzuweisenden Gelder besitzt, so hat sie es in der Hand, eine falsche Verwendung dieser Staatsgelder abzuwehren und sie in die rechten Kanäle zu leiten. Das Herrenhaus stimmt dem Hüne'schen Antrag zu. Anfänglich wurde dies als zweifelhaft ausgegeben, da im Herrenhause genug Mitglieder sitzen, welche das Verschenken von Staatsgeldern, wenn der Staat ein Defizit hat, als ein gefährliches Experiment verwerfen. Aber man fügte sich auch im Herrenhause und hat die Berathung über den Hüne'schen Antrag in die Schlußsitzung neben vielen anderen Gegenständen auf die Tagesordnung gestellt, — ein Beweis, daß man seine glatte Erledigung erwartet. Ueber die Nützlichkeit oder Bedenklichkeit des Hüne'schen Antrags mag man übrigens urtheilen, wie man wolle: sicher ist, daß er die preußischen Gemeinden erst in die Möglichkeit versetzt, für die Schule und die Lehrer überhaupt etwas zu thun. Nun betrachte man einmal das heuchlerische Verhalten der Deutschfreisinnigen: im preußischen Landtage strömen sie über von Lehrerfreundlichkeit und bewilligen für die Schule und Beamten Millionen; wenn's aber im Reichstag dazu kommt, die schönen Worte in Thaten zu bekunden und beim Zolltarif und mittelst der Börsensteuer die für diese löblichen Zwecke erforderlichen Geldmittel dem Staate und den Gemeinden zu beschaffen, dann stimmen dieselben Schul- und Beamtenfreunde stramm dagegen. Bei dieser Doppelzüngigkeit fällt noch der fernere Vortheil für sie ab, daß sie als Diejenigen erscheinen, die das Volk vor neuen Belastungen bewahren wollen. O, welche Scheinheiligkeit, Ihr Jesuiten!

Das Börsensteuergesetz selbst ist im Reichstage nun glücklich unter Dach gebracht worden. Mit einer imposanten Mehrheit: 214 gegen 41 Stimmen sprach sich die Volksvertretung für die procentuale Besteuerung der Börsengeschäfte aus. Auf eine so wuchtige Mehrheit war Niemand gefaßt. Sie wurde auch nur erzielt durch eine Frontveränderung der Nationalliberalen, der eine Anerkennung hierfür nicht versagt werden kann. Es kam den Conservativen und dem Centrum, wie zuletzt die Dinge lagen, einzig darauf an, dem Börsensteuer-Entwurf eine solche Gestalt zu geben, daß ihm der Bundesrath unbedenklich beistimmen konnte. Daher milderten sie einigermaßen jene ursprünglichen Bestimmungen, bei denen Fürst Bismarck seine Fragezeichen angebracht hatte. Die ausländischen Wechsel, die beim Arbitragegeschäft eine große Rolle spielen, wurden stempelfrei gelassen und damit, obwohl Wechselgeschäft, Wechselarbitrage und Effektenarbitrage so zusammenhängen, daß man sie nicht immer trennen und zwischen ihnen unterscheiden kann, doch dem Bedenken Bismarcks Rechnung getragen. Weiter wurde die Steuerfreiheit für diejenigen Produkte festgesetzt, welche Industrie und Handel selbst erzeugen. Endlich wurde die Wahrung des Geschäftsgeheimnisses unbeschadet strenger Controlevorschriften verbürgt. Diese neueren Vorschläge machten den Börsensteuerentwurf nun auch den Nationalliberalen annehmbar, zumal sie auch noch mit Hilfe der Conservativen einige weitere Milderungen durchzusetzen vermochten. Die Nationalliberalen mußten sich für diese ihre sehr verständige und durchaus anerkennenswerthe Mitwirkung an der Ausarbeitung eines Börsensteuergesetzes sehr gehässige Dinge von den Deutschfreisinnigen sagen und sich weidlich aushöhnen lassen. „Ihr haltet nur den Steigbügel, frohlockte sie Eugen Richter an, damit sich der Ritter aufs Pferd setzen kann." Die Deutschfreisinnigen wurmte es nämlich in tiefster Seele, daß durch die Zustimmung der Nationalliberalen zum Börsensteuergesetze eine von den Altkonservativen bis zur Volkspartei reichende Mehrheit zu Stande kam, daß sich der Bundesrath dieser eindrucksvollen Kundgebung unmöglich entziehen kann. Eine Annahme des Gesetzes mit einer winzigen Mehrheit, das war die letzte Hoffnung der Börsianerpartei im Reichstage; dann stand der Bundesrath nicht unter einem moralischen Drucke. Auch dieses Arbitragegeschäft schlug zum Schaden der Kerntruppe der Börsianerpartei aus, die lediglich bei den Sozialdemokraten ihre Bundesgenossen fand. Die Deutschfreisinnigen rächten sich dafür, indem sie den Börsenjobbern Unterricht gaben, wie man dem Gesetze künftig ein Schnippchen schlagen und sich der Besteuerung der Geschäfte entziehen könne. Ein solcher Vorgang ist wohl noch in keinem Parlamente erhört worden und hätte eine Brandmarkung durch einen gepfefferten Ordnungsruf weit eher verdient, als wenn einem Abgeordneten einmal im Redefeuer ein unparlamentarischer Ausdruck über die Lippen fliegt.

Immer deutlicher wird die klägliche Hilflosigkeit, in welcher sich Englands Politik gegenüber Rußland befindet. Das helleste Licht über den Stand der Sache verbreitet eine Veröffentlichung des russischen Regierungsanzeigers. Abermals zeigt sich, daß die Kundgebungen der Petersburger Regierung einen klareren Einblick in den Stand der Angelegenheiten gewähren, als alle Reden Gladstone's und Granville's im Parlament. Gladstone vollführte stets solche rednerische Eiertänze, daß man mehr auf Dasjenige, was er nicht sagte, achten mußte, als auf Dasjenige, was er der Oeffentlichkeit zum Besten gab. Jetzt wissen wir von Petersburg aus, daß der russische General Komarow nur instruktionsgemäß handelte, daß der Engländer Lumsden Mißgriffe über Mißgriffe beging. Er wird daher zurückgewinkt, Komarow bleibt. Die eigentliche Grenzbestimmung und Grenzabsteckung wird voraussichtlich ohne störende Zwischenfälle verlaufen und im „Nothfalle" soll ein „Schiedsrichter" ein Urtheil abgeben. Zu einem solchen Nothfalle wird's aber nicht kommen, England wird sich gehorsamst fügen. Da es dies thut, haben die Konservativen im englischen Parlamente gar nicht Unrecht, wenn sie die Bewilligung eines Kriegskredits jetzt für gar nicht mehr erforderlich erklären.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 9. Mai

Berlin. Der Schluß des preußischen Landtags ist heute Abend gegen 8 Uhr erfolgt. Die Mitglieder beider Häuser versammelten sich im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses, um die allerhöchste Botschaft entgegenzunehmen, welche den Schluß der dritten und letzten Session der 15. Legislaturperiode des Landtags ausspricht. Der kurze rein geschäftliche Akt schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser und König.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Nachtragsetat für Reparatur- und Ergänzungsbauten für Dienstgebäude. Abg. Richter bezweifelt die Nothwendigkeit der geplanten Herstellungen. Es seien zu viel Repräsentationsräume projektirt, namentlich für die Gebäude des auswärtigen Amtes und das Reichsamt des Innern. Staatssekretär v. Bötticher erwiedert, es handle sich nicht um Repräsentations-, sondern um nothwendige Geschäftsräume. Abg. Frhr. v. Frankenstein (Centrum) beantragt Vorberathung durch die Budgetkommission. Abg. v. Maltzahn (konservativ) bittet, daß die Kommission noch heute Abend zusammentrete. Abg. Richter widerspricht dem. Wenn man die massenhaft eingehenden Anträge zur Zollnovelle studiren wolle, könne man Niemand zumuthen, heute noch an einer Kommissionssitzung theilzunehmen. Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Es folgt Berathung des von der Arbeiterschutzkommission vorgeschlagenen Entwurfs betreffend die Sonntagsruhe. Von den Nationalliberalen liegt der Antrag auf Anstellung einer Enquete über Sonntags-, Frauen- und Kinder-Arbeit und Möglichkeit der Feststellung eines Maximalarbeitstags vor. Abg. Rödiger (Sozialist) hält weitere Enqueten für überflüssig. Man möge durch Annahme positiver Bestimmungen und namentlich der Vorlage beweisen, daß man ernstlich Willens sei, etwas für die Arbeiter zu thun. Abg. Dr. Lieber (Centrum) befürwortet den Kommissionsentwurf. Die Bedenken gegen die Einführung einer strengeren Sonntagsruhe würden durch internationale Erörterungen leicht zu erledigen sein. Wie man Kongo-Konferenzen abhalten könne, könne man auch Konferenzen im Interesse der Religion und Humanität abhalten. Abg. Ackermann erklärt die Frage für spruchreif. So lange man vom manchesterlichen Standpunkte aus Schritte auf dem Wege der Gesetzgebung zu thun wage, sei eine Besserung der Verhältnisse nicht zu erwarten. Darüber könne man nicht zweifelhaft sein, daß die Reichsgesetzgebung es nur mit der Sonntagsruhe, mit der Einschränkung der Sonntagsarbeit zu thun habe. Die Sonntagsheiligung sei Sache der Landesgesetzgebung, die auf kirchlichem Gebiete allein maßgebend sei. Thuen wir, was im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt liegt. Abgg. Buhl (nat.-lib.) und Roppe (Reichspartei) halten den Entwurf in der vorgeschlagenen Form nicht für durchführbar und befürworten eine Enquete. Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Gesetzentwurf, welchen die Kommission vorlegt, sei eigentlich nur der Rahmen eines Gesetzes, in den der Bundesrath erst das wirkliche Gesetz einfügen soll. Darauf könne sich der Bundesrath nicht einlassen. Man traue ihm zu viel zu, wenn man ihm zumuthe, auszuführen, was die Antragsteller fordern, ohne selbst zu wissen, wie ihre Forderung auszuführen sei; denn wüßten sie es, so würden sie es doch in ihrem Berichte gesagt haben. Wie solle der Lohnausfall, der dem Arbeiter durch das Gesetz entstehe, gedeckt werden? Er fürchte, daß die Arbeiter denselben würden tragen müssen. Die Sonntagsarbeit sei vielfach nicht entbehrlich. In gewissen Industrien dürften die Feuer nicht ausgehen, und wenn Sonntags nicht gemaischt werde, habe das Vieh Mittwochs nichts zu fressen. Der Bundesrath habe ebenfalls ein Herz für die Arbeiter, aber was nützten dem Arbeiter die höchsten Güter, von denen hier gesprochen wurde, wenn er keine Nahrung habe. Es müßten zunächst die Arbeitgeber und vor allen Dingen die Arbeiter selbst gefragt werden, bevor man gesetzgeberisch vorgehen könne. Die Zustände in Amerika und England seien mit den unsrigen nicht zu vergleichen. Was sich dort als Sitte herausgebildet, lasse sich nicht künstlich durch Gesetze schaffen. Vor dem englischen Sonntage habe er aus eigener Anschauung absonderlichen Respekt. Wenn er Sonntags in der Umgebung Berlins mit Ausnahme etwa des Spandauer Bock die geputzten Menschen sehe, so müsse er sagen, der Berliner Sonntag gefalle ihm besser. Abgg. Kleist-Retzow, Windthorst und Lieber sind für den Entwurf, namentlich aus religiösen Gründen, die Sozialdemokraten Stolle und Röttiger dafür. Die Sonntagsruhe müsse dem Arbeiter gesetzlich garantirt werden, die religiöse Seite sei Nebensache. Die Berathung wird abgebrochen. Montag findet Berathung der Zolltarifnovelle statt.

Berlin. Der Kaiser begiebt sich Ende Mai oder Anfang Juni nach Ems und kehrt voraussichtlich Ende Juli zurück.

Berlin. Das Herrenhaus nahm das Huene'sche Verwendungsgesetz an. Bismarck war anwesend, betheiligte sich aber nicht an der Debatte.

Wien. Die Königin von Sachsen ist in Moravetz (Mähren) zum Besuche der dort von ihr gegründeten Waisenanstalt eingetroffen.

Petersburg. Die „Nowoje Wremja" erfährt, die russische Regierung beabsichtige die Ernennung eines selbstständigen Vertreters in Kalkutta.

London. Gestern Abend coursirten ungünstige Gerüchte, wonach in die Verhandlungen mit Rußland wegen Herat eine Hauptschwierigkeit eingetreten sei. Die britische Regierung wünsche, Rußland solle sich verpflichten, nicht auf Herat vorzurücken oder einen Theil Afghanistans zu besetzen. Die russische Regierung lehne ab, sich solcher Weise zu binden.

Die Berliner Börse war durch die Annahme der Börsensteuer verstimmt. Die Hoffnung, daß der Bundesrath den Entwurf nicht annehmen werde, ist geschwunden. Die Verstimmung äußerte sich namentlich in hochgradiger Geschäftsstille. Die Course waren nachgebend, ohne daß ein dringendes Angebot hervortrat. Spekulative Banken schwächer, besonders Diskonto-Gesellschaft, deren Bilanz nicht voll befriedigte. Deutsche Bahnen wenig verändert, österreichische schwächer. Spekulative Bergwerke matt. Fremde Renten vorwiegend nachgebend. Kassaverkehr ruhig. Oesterr. Prioritäten fest.

Frankfurt a. M., 9. Mai. Credit 234½. Staatsbahn —,—. Lombarden 116. Galizier —,—. Egypter 61,45. 4proc. Ung. Goldrente 78,31. Gotthardbahn —. Disconto 190,81. Still.

Wien, 9. Mai. Credit 285,50. Staatsbahn 300,00. Lombarden 130,00. Nordwestbahn 165,00. Marknoten 61,10. Ung. Credit 296,75. Geschäftslos.

Paris, 9. Mai. Schluß. Rente 79,47. Anleihe 108,32. Italiener 93,75. Staatsbahn 618,75. Lombarden 296,25. do. Prioritäten —. Spanier 57,93. Oest. Goldrente —. Egypter 319,00. Ottomanen 532,00. Fest.

London, 9. Mai, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 98 1/16. 1873er Russen 91½. Italiener 92 ,. Lombarden 11 1/16. Türken 15 1/16. 4proc. fund. Amerikaner 124 1/16. 4proc. Ungar. Goldrente 78 1/16. Oesterr. Goldrente 86. Portug. Consols 103. Egypter 63 1/16. Ottomanbank 11 1/16. Suez-Actien 78 1/16. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Veränderlich.

Breslau, 9. Mai, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. Mai-Juni 42,00, pr. August-Septbr. 44,50, pr. Septbr.-Octbr. 45,00. Weizen pr. Mai 174,00. Roggen pr. Juni-Juli 147,00, pr. Juli-August 148,00, Septbr.-October 151,00. Rüböl pr. Mai-Juni 51,00, pr. Septbr.-October 52,50. — Ziink unverändert. — Wetter: Schön.

Stettin, 9. Mai, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen fest, loco 170—174, pr. Mai-Juni 175,00, pr. Juni-Juli 177,00, pr. September-October 183,00. Roggen fest, loco 140—143, pr. Mai-Juni 143,00, pr. Juni-Juli 144,50, pr. Sept.-Oct. 151,50. Rüböl unverändert, pr. Mai-Juni 50,00, pr. September-October 52,50. Spiritus fest, loco 42,10, pr. Mai-Juni 42,80, pr. Juli-August 44,50, pr. August-September 45,50. Petroleum loco 7,75.

Lokales und Sächsisches.

— Gestern Vormittag traf Se. Majestät der König von seiner Rückreise aus Bellaggio am Comersee mittelst Sitzzug auf dem böhmischen Bahnhofe ein und wurde daselbst von Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen Georg auf das Herzlichste begrüßt. Ferner hatten sich zur Begrüßung eingestellt: die Herren Oberhofmarschall Freiherr v. Könneritz, Generaldirektor Graf Platen, Hausmarschall Graf v. Vitzthum, Generalleutnant Stadtkommandant v. Funcke, Excellenzen, die Herren Oberstallmeister v. Ehrenstein, Kammerherr v. Minckwitz und Polizeipräsident Schwauß. Im Gefolge Sr. Majestät befanden sich die Excellenzen Herren Generaladjutant v. Carlowitz, Generaldirektor Geh. Rath v. Tschirschky, welcher Sr. Majestät bis Chemnitz entgegengefahren war, und Geh. Rath v. Watzdorf. Se. Maj. der König und Se. Kgl. Hoheit Prinz Georg bestiegen sodann die bereitstehende Equipage und fuhren nach der Kgl. Villa in Strehlen, woselbst Herr Gemeindevorstand Jähnichen Namens der dasigen Gemeinde die hohen Herrschaften ehrfurchtsvoll begrüßte. Das zahlreich anwesende Publikum bekundete eine herzliche Freude über die Rückkehr des geliebten Landesfürsten, die auch alle Diejenigen theilen, die ihren im besten Wohlsein eingetroffenen König bei seiner Ankunft nicht sehen konnten.

— J. K. H. Frau Großherzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin, sowie Prinzeß Thekla von Schwarzburg-Rudolstadt besuchten gestern das Atelier des Hrn. Hofphotographen W. Höffert, hier, Kaulbach, behufs mehrerer größerer Aufnahmen.

— Se. Maj. der König spendete für die Abgebrannten in Lößnitz im Erzgebirge und zu Dröda bei Porl i. V. 150 bez. 60 Mark.

— Generalleutnant und Kommandeur der 1. Inf.-Division v. Rudorff, ist vom Urlaub zurückgekehrt.

— Die große silberne Medaille für Treue in der Arbeit erhielt die Lumpensortirerin Müller in der Papierfabrik in Remse.

— Aus Anlaß seines am 1. d. Mts. erfolgten Scheidens aus dem Staatsdienste ist der Geh. Finanzrath Rachel von dem Dresdner Zweigvereine des Sächsischen Ingenieur- und Architekten-Vereines in Würdigung der Verdienste, welche der Geschiedene während seiner langjährigen Mitgliedschaft um den Verein sich erworben hat, zu dessen Ehrenmitglied ernannt worden.

— Unter den Dankschreiben, die der Herr Reichskanzler auf die ihm anläßlich seines Geburtstages gewordenen Zuschriften noch in den letzten Tagen versendet hat, ist das an Frau Professor Tom. Petermann, Schwester des hiesigen Kaufmannes Herrn Wilh. Pfister, gerichtete von besonderem Interesse. Jene Dame ist die Wittwe des in weiten Erdstrichen bekannt und berühmt gewesenen Geographen Professor Petermann, der s. Z. den Mittelpunkt bildete für die Versuche und Anstrengungen der Wissenschaft zur Erforschung und zum Aufschließen großer Landgebiete in fernen Weltheilen; diesem nunmehr heimgegangenen Gelehrten ist wohl mit Recht die geistige Vaterschaft jener Kolonialpolitik beizumessen, welche von unserem großen deutschen Staatsmanne gegenwärtig mit so glückverheißendem Anfang ins Werk gesetzt worden ist.

— Gestern Nachmittag fand auf dem katholischen Kirchhofe unter den üblichen militärischen Ehren die Bestattung des verstorbenen Hauptmannes v. Dziembowski statt. Das Offizierkorps des Leibgrenadierregiments Nr. 100 und viele Kameraden anderer Truppenabtheilungen folgten dem Sarge des durch seine Liebenswürdigkeit und Begabung gleich ausgezeichneten Offiziers, während die Kapelle des 1. Grenadierregimentes unter Leitung des Herrn Musikdirektor Ehrlich ihre Trauerweisen ertönen ließ. Die Ehrenkompagnie wie auch andere militärische Theilnehmer waren in Paradeanzug ausgerückt.

— Behufs Neuwahl der Vertreter zur Generalversammlung bei der hiesigen Ortskrankenkasse VI ist die Zahl der Vertreter

Richard Wittmann, Dresden, Fabrik u. Handlung sämmtlicher photogr. Bedarfsartikel, compl. Dilettanten-Apparate von 30 Mk. an incl. Anleitung.